

Bei der FDP brodeln es – Ständeräte wollen Richtungswechsel

Klimapolitik Eigentlich war es nur ein Gag. Doch dann tauchte das Wortspiel von SRF-Haussatiriker Michael Elsener vergangene Woche auch an den Klimademos auf. «FDP – fuck de Planet». Die zum Teil dünnhäutige Reaktion von FDP-Exponentinnen wie Christa Markwalder auf Elseners Satire zeigt: In der Klimapolitik liegen bei Teilen der Partei die Nerven blank. Es brodeln insbesondere an der Basis. Nicht wenige befürchten, dass die starre Haltung der Partei zu einem Imageschaden und zu Verlusten bei den Wahlen im Herbst führen könnte. Und dass sie so gar nicht widerspiegelt, wofür die FDP eigentlich einsteht: Innovation und eine Zukunft mit Verantwortung.

Die FDP hatte im Nationalrat im Dezember entscheidend mitgeholfen, das CO₂-Gesetz derart stark zu verwässern, dass es in der Schlussabstimmung durchfiel. Keine Vorschrift, dass sechzig Prozent der Emissionsreduktionen im Inland erzielt werden müssen. Keine Kontrolle bei CO₂-Reduktionen im Ausland. Und eine Abwehrhaltung gegen fast alles, was Erfolg im Kampf gegen die Klimaerwärmung versprochen hätte. Eine Haltung, die nicht nur bei FDP-Vertretern aus dem Cleantech-Bereich Kopfschütteln auslöst. «Man kann liberal sein und über das Klima anders denken, als es die Partei im Nationalrat vorgemacht hat», sagt der Zürcher Freisinnige Fabian Etter, Mitglied des Vorstandsausschusses bei Swis cleantech. Der Wirtschaftsverband, der sich für eine ambitionierte Energie- und Klimapolitik einsetzt, hat in den letzten Wochen zahlreiche Neumitglieder gewonnen. «Dies zeigt, dass ein wachsender Teil der Wirtschaft eine glaubwürdige Klimapolitik wünscht und da auch Chancen sieht», so Etter.

Die Cleantech-Vertreter sind nicht

allein. Seit Wochen versuchen die klimafreundlichen Kräfte in der FDP ihre Bemühungen zu bündeln. Mit zunehmendem Erfolg. Zu ihnen gehört der ehemalige WWF-Präsident Hanspeter Fricker oder auch Peter Metzinger, FDP-Gemeinderat in Dietikon. «In unserer Ortspartei finden eigentlich alle, mit denen ich rede, dass die Schweiz im Klimaschutz als gutes Beispiel vorangehen muss. Wenn man sich keine klaren Ziele setzt, kann man die entsprechenden Technologien auch nicht vorantreiben», sagt der Gründer des Forums Futur, einem liberalen Netzwerk für progressive und nachhaltige Politik. Metzinger lancierte gestern auf den sozialen Medien den Hashtag #fdpnachhaltig. Dort können FDP-Mitglieder öffentlich mitteilen, was sie in Sachen ökologischer Nachhaltigkeit konkret unternehmen.

«Der Klimaschutz ist eine Chance für unsere Wirtschaft»

Die Chancen, dass die ökologischen Kräfte in der Partei bei den FDP-Vertretern im Ständerat auf mehr Gehör stossen als im Nationalrat stehen gut. Am vergangenen Wochenende machte die «NZZ am Sonntag» publik, dass Ruedi Noser (ZH) die Gletscher-Initiative unterstützt. Diese fordert, dass die Schweiz bis 2050 keine fossilen Energieträger mehr verwendet. Susanne Vincenz-Stauffacher, die für die St. Galler FDP bei den Ständeratswahlen im März Nachfolgerin von Karin Keller-Sutter werden will, spricht gar von einem «Betriebsunfall». Die FDP habe einen Fehler gemacht, als sie mitgeholfen habe, das CO₂-Gesetz derart zu verwässern.

Auch für den Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller ist klar, dass er von der Parteihaltung, wie sie im Nationalrat zum Ausdruck kam, abrücken wird. «Es

braucht zwingend auch ein Inlandreduktionsziel, weil es wichtige Impulse setzen kann.» Der Klimaschutz sei für den Forschungsstandort Schweiz und die Wirtschaft eine grosse Chance. Die Partei dürfe nicht in einem Schwarz-Weiss-Denken verharren. «Man muss auch als Liberaler erkennen: Es braucht hier Kompensationsmassnahmen, um das Gesetz zum Fliegen zu bringen.»

Müller und Noser vertreten die FDP in der ständerätlichen Urek, welche das CO₂-Gesetz in den nächsten Monaten nach dem Absturz im Nationalrat neu aufgleisen wird. Doch auch Nichtkommissionsmitglieder aus der FDP teilen ihre Haltung. «Der Klimaschutz ist eine Chance für unsere Wirtschaft, die sich in anderen Bereichen ja bereits als Innovationsweltmeister profiliert hat», sagt beispielsweise der Zuger Ständerat Joachim Eder. Auch der Urner Ständerat Josef Dittli will an den ursprünglichen, von der FDP im Nationalrat zersauten Klimaplänen des Bundesrates festhalten. «Ich spreche mich für ein übergreifendes Reduktionsziel von minus 50 Prozent bis 2030 aus. In der Umsetzung braucht es Massnahmen im In- und Ausland.»

Derweil steht der Ausserrhoder Ständeratsvertreter Andrea Caroni zur bisherigen Haltung seiner Partei. Es bringe angesichts des globalen Themas nichts, wenn die Schweiz als Musterschülerin vorausmarschiere. «Wir müssen das Geld für CO₂-Reduktionen dort investieren, wo es am effizientesten wirkt, und das ist – weil die Schweiz schon sehr sauber ist – im Ausland. Man muss es nur richtig machen.» Die derzeitige Klimabewegung habe Elemente einer quasi-religiösen Bewegung inklusive Weltuntergangsstimmung und Ablasshandel.

Jürg Ackermann